

9. These: Eine andere Gesellschaft ist eine Menschheitsgesellschaft, die sich selbst Zwecke für eine Allgemeinheit empirischer Subjekte setzt.

Nach all dem, was bisher ausgeführt wurde, versteht sich diese These eigentlich von selbst. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Abschaffung der sozialen Hierarchie fasst die Menschen zur Einheit der Menschheit zusammen, die gemeinsam und gleichberechtigt über ihre Verwendung bestimmt. Niemand wird mehr von ihrem Gebrauch und ihrer Verwaltung und somit auch von der Teilhabe an den Produkten, die mit ihrer Hilfe hergestellt werden, ausgeschlossen, weder aufgrund eines Eigentumstitels, noch weil er an einem anderen Ort geboren wurde oder lebt, als die Produktionsmittel stehen. Die objektive Tendenz zur Verselbständigung der technischen Entwicklung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen kann die Menschheit aber nur in eigene Regie nehmen, wenn sie ihrer Produktivität bewusst und kollektiv allgemeine materiale Zwecke setzt. Nur wenn sie endlich genutzt werden, die Bedürfnisse der gesamten Erdbevölkerung zu befriedigen oder wenigstens dazu, wirklich allen das Leben zu erleichtern, können die gesellschaftlichen Produktivkräfte als solche auch tatsächlich wirken. Und nur dann können sich die Menschen auch aus dem Bann des universellen Schuldzusammenhangs lösen, der sie gefangen hält.

Der naheliegende Einwand, dass ein solches Unternehmen schon deshalb zum Scheitern verurteilt sei, weil die Menschheit, heillos zerstritten wie sie ist, nicht einmal fähig sei, sich auf solche allgemeinen, materiale Zwecke zu einigen, ist hingegen längst durch die UN widerlegt, die seit ihrem Bestehen Entwicklungsziele für die Menschheit formuliert. Große öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr die Verabschiedung der sogenannten Millenniumsziele 2001. Kritiker bemängelten allerdings bereits bei deren Verabschiedung, dass 6 der 8 Ziele auf die unterentwickelten Länder gemünzt waren und nur das 7. und 8. die entwickelten Staaten in die Pflicht nahm.¹ Der Fokus dokumentierte nicht nur das internationale Machtungleichgewicht auch innerhalb der UN, sondern ebenso die ungebrochene Dominanz jener Doktrin, derzufolge die Entwicklungsländer nur den Weg der entwickelten einschlagen müssten, um wie diese zu Wohlstand und Glück zu gelangen. Er offenbarte einmal mehr die Arroganz und Ignoranz der Mächtigen, deren auch beste Absichten so unzulänglich bleiben, weil sie stets vorrangig darum bemüht sind, von den Herrschafts- und Machtverhältnissen, die nicht nur innerhalb der Gesellschaften, sondern auch zwischen ihnen bestehen, abzusehen.

¹ Vgl. Oxfam Deutschland: Millenniumsziele (MDGs), <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/millenniumsziele-mdgs>; (Stand 01.11.2018).

Die Bilanz fiel denn auch ernüchternd aus. Selbst der nachgerade euphorische UN-Abschlussbericht 2015, dem Jahr, in dem die Ziele hätten erreicht sein sollen, muss konstatieren, dass dies nur in drei Unterkategorien erreicht wurde.² Und selbst bei den mit Pomp verkündeten Erfolgen bleibt unklar, ob und inwieweit sie tatsächlich Verbesserungen widerspiegeln oder sie sich eher statistischen Rechenricks verdanken. So wurde bei dem Ziel, die Anzahl der Armen und Hungernden bis 2015 zu halbieren, unverständlicherweise nicht das Beschlussjahr 2001, sondern 1990 als Vergleichspunkt gewählt. Auch sollte die Verminderung prozentual im Verhältnis zur Weltbevölkerung gemessen werden. Die steigt aber stetig an. Schließlich wurde der Maßstab für Hunger, die notwendige Kalorienzahl pro Kopf, abgesenkt, und in Bezug auf die Bestimmung von absoluter Armut ein abstrakter Wert von 1 bzw. 1,25 Dollar pro Tag und Kopf zugrunde gelegt,³ der erst 2015 von der Weltbank auf wenigstens 1,90 US-Dollar PPP angehoben wurde⁴.

Aber die UN lernte aus ihren Fehlern, vielleicht nicht, was ihre Berechnungsverfahren anbetrifft, aber hinsichtlich der Grundkonzeption ihrer Zielvorgaben. 2016 wurde ein neues Programm beschlossen, die Agenda 2030, die 17 nachhaltige Entwicklungsziele beinhaltet. Diese sind:

„1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden; 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern; 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern; 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern; 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen; 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten; 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern; 8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern; 9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen; 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern; 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten; 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen; 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen; 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen; 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt

² Vgl. Worldtimes Online-Magazin: Was von den Milleniumszielen übrigbleibt, <http://worldtimes-online.com/imfocus/258-was-von-den-millenumzielen-uebrig-bleibt.html>; (Stand 01.11.2018).

³ Vgl. Wikipedia: Milleniums- Entwicklungsziele, https://de.wikipedia.org/wiki/Millenniums-Entwicklungsziele#Ergebnisse_2015; (Stand 01.11.2018).

⁴ Vgl. Zukunftsstiftung Landwirtschaft: Weltbank: Extreme Armut sinkt, Armutsgrenze angehoben, <https://www.weltagraberbericht.de/aktuelles/nachrichten/news/de/31246.html>; (Stand 26.10.2018).

ein Ende setzen; 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen; 17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.“⁵

Diese Ziele sollen nun aber für alle Länder gelten, die die entsprechende Resolution unterschrieben haben und jedes Land soll jedes Jahr der UN einen Bericht abliefern, in dem die jeweilige Regierung darlegt, welche Maßnahmen ergriffen wurden, die Ziele zu erreichen, und wie erfolgreich sie sind. Auch dieses Konzept bleibt noch abstrakt, insofern je nach gegebenem Entwicklungsstand die beteiligten Staaten vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen stehen, es umzusetzen. Dass jeder Staat für sich seine Anstrengungen zu dokumentieren hat, wirkt ebenfalls nur auf den ersten Blick plausibel und als Garantie dafür, dass auch tatsächlich alle verpflichtet werden, etwas gegen die Missstände zu unternehmen, die im globalen Maßstab herrschen. Denn damit ist die Agenda 2030 noch lange kein Programm für die Menschheit insgesamt. Dass jeder vor der eigenen Tür kehrt, genügt keineswegs. Die politischen Institutionen, in denen sich die Menschen organisieren, müssen auch dafür Sorge tragen, dass alle die Ziele erreichen können, und zwar nicht dadurch, dass sie einander wechselseitig vorwerfen, wieder nicht genug getan zu haben, oder einander gar zwingen, mehr zu tun, sondern durch Kooperation. Die nationalstaatliche Organisation der politischen Verhältnisse erweist sich einmal mehr als entscheidendes Hindernis für die Realisierung inzwischen allgemein anerkannter Menschheitszwecke.

Völlig verstörend an dem Konzept wirkt jedoch, dass es die gesellschaftlichen Widersprüche fortschreibt, die dem Erfolg des gesamten Strebens entgegenstehen. So heißt das 8. Ziel: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.“⁶ Und die Erläuterung dazu im UN-Bericht für 2017 hebt dann wieder einmal die Bedeutung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitszwangs für alle besonders hervor: „Das Wirtschaftswachstum ist die Haupttriebkraft für die nachhaltige Entwicklung. Ist dieses Wachstum dauerhaft und breitenwirksam, können Menschen der Armut entrinnen, weil es mehr Möglichkeiten für volle und produktive Beschäftigung gibt. Damit das Wirtschaftswachstum von heute auch künftigen Generationen zugutekommt, muss es umweltverträglich sein und darf nicht aus einer nicht nachhaltigen

⁵ Vereinte Nationen: Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015: 70/1 Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, A/Res/70/1 (in Deutsch neu herausgegeben 17. Januar 2018), S. 15.

⁶ Vereinte Nationen: Ziele für nachhaltige Entwicklung. Bericht 2017, <http://www.un.org/depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202017.pdf>; (Stand 01.11.2018)

Ausbeutung von Ressourcen resultieren.“⁷ Als Erfolg wird denn auch gleich in dem Bericht verbucht, dass die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 0,9% im Zeitraum 2005-2009 auf 1,6% im Zeitraum 2010-2015 stieg, um zugleich zu bemerken, dass das reale BIP-Wachstum in den am wenigsten entwickelten Ländern mit durchschnittlich 4,9% unter dem Ziel von mindestens 7% lag.⁸

Es ist immer dieselbe Leier. Der inflationäre Gebrauch des Wortes „nachhaltig“ in Zielbeschreibungen, in denen konkret bestimmt werden sollte, was damit überhaupt gemeint sei, und die verschwiemelten, ganz allgemein gehaltenen Formulierungen, die je nach Gusto interpretiert werden können, verdecken nur mehr schlecht als recht das ewige Glaubensbekenntnis zur Akkumulation des Kapitals als der Voraussetzung für die Verwirklichung allgemeiner Menschheitszwecke ebenso wie das dazu, dass die Lohnarbeit die einzige Möglichkeit sein und bleiben soll, sich aus bzw. vor Armut zu retten. Dass die kapitalistische Produktion um der Produktion willen überhaupt kein Menschheitszweck ist, weil diese Produktionsweise völlig gleichgültig gegen die Bedürfnisse empirischer Individuen nur auf die Verwertung des Wertes ausgerichtet ist; dass dauerhaftes Wirtschaftswachstum in dieser Form, das diese Produktionsweise, die stets der nächsten Krise zustrebt, nicht einmal garantieren kann, mit einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses völlig unvereinbar ist; ja dass die geforderte Vollbeschäftigung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur ausnahmsweise und lokal begrenzt erreicht werden kann und damit Armut und Hunger, solange die individuelle Bedürfnisbefriedigung an die Arbeit gekettet bleibt, ihr notwendig zugehören; dass aber auch Arbeit zu haben, keineswegs vor Armut schützt; dass schließlich, wie der Bericht selbst belegt, das ganze schöne Wachstum am Verhältnis von entwickelten und unterentwickelten Industrien und Regionen und am sozialen Gefälle nichts substantiell ändert, die ganze Entwicklungsdoktrin also mit den wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie gelten soll, inkompatibel ist, davon ist in dem Bericht keine Spur zu finden. Aber nicht nur steckt die Formulierung des 8. Zieles voller Widersprüche, es kollidiert auch aus den eben genannten Gründen mit so ziemlich allen anderen, allen voran dem 10. Ziel, denn das heißt: „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.“⁹ Es ist wohl das Ziel, in dem die Agenda einem tatsächlichen Menschheitsprogramm am nächsten kommt. Dieses Ziel wird aber nur zu erreichen sein, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln aufgehoben und letztere vergesellschaftet werden. Von all dem war jedoch in den bisherigen Thesen zur Genüge die Rede: Repetitio non delectat!

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. Vereinte Nationen: Resolution, ebd.

Dennoch stellt die Agenda 2030 einen Fortschritt dar. Zum einen, weil sie zeigt, dass es gar nicht so schwierig ist, einen Katalog von allgemeinen, materialen gesellschaftlichen Zwecken aufzustellen, zum anderen, weil mit ihr selbst die Herrschenden und Profiteure der bestehenden Wirtschaftsordnung zugestehen, was die Grundannahme aller bisherigen Thesen war, nämlich dass die Produktivkräfte längst so weit entwickelt sind, dass eine vernünftiger Einrichtung der Gesellschaft möglich ist.

Solche tiefeschürfende Einsicht auf Seiten der Herrschenden stellt allerdings womöglich die größte Gefahr für den sozialen Fortschritt der menschlichen Gattung zur Menschheit dar. Denn die Entwicklung der Produktivkräfte scheint nicht mehr nur die Neuorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen, was impliziert, dass diese aus Freiheit erfolgt, sondern sie gar notwendig zu machen, weil sie zur Vergesellschaftung drängt. Wenn sich der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen weiter verschärft, wenn die Produktivkräfte eingespannt ins Prokrustesbett der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sich weiter in Form von Destruktivkräften entwickeln, könnten nach allen bekannten Prognosen auf die Menschheit Katastrophen zukommen, gegen die sich die des vergangenen Jahrhunderts wie vergleichsweise harmlose Vorspiele ausnehmen dürften. So droht, was aus einem Akt der praktischen Vernunft hervorgehen sollte, sich in der perversen, widersprüchlichen Form weiter gehender kapitalistischer Zwangsvergesellschaftung zu realisieren, weil es dieselbe Vernunft gebietet. Die Herrschenden könnten versucht sein, im Namen der praktischen Vernunft ein Regime der praktischen Unvernunft zu etablieren und unter dem hypothetischen Imperativ des puren Überlebens der Gattung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der sie begünstigenden Wirtschaftsordnung eine Art Umwelttugenddespotismus errichten, nicht ganz unähnlich dem Vorbild Robespierres und weit rigoroser, als es sich ein Kant je hätte ausdenken können. Vielleicht ist die Agenda 2030 bereits das Programm dazu.

In Anlehnung an die UN-Entwicklungsziele und sie fortschreibend lässt sich jedoch auch ein Programm für eine andere Gesellschaft zumindest in seinen Grundzügen skizzieren. Dazu müssen eigentlich nur die beschriebenen Inkonsistenzen aufgelöst werden und dazu muss statt von einer auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse antagonistisch verfassten Weltgesellschaft von einer vereinigten Menschheit ausgegangen werden, die die Produktionsmittel vergesellschaftet, sie in einer Art Rätssystem transparent zum allgemeinen Wohl verwaltet und die arbeitsteilige Produktion technisch rational organisiert. Ein solches Programm könnte, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit eines Kataloges sinnvoller allgemeiner Zwecke erheben zu wollen, in etwa so aussehen:

1. Abschaffung von Hunger und Armut weltweit; 2. Verallgemeinerung der Arbeit und Reduzierung der Arbeitszeit; 3. Beseitigung schädlicher Produktionen; 4. Errichtung eines sozialen Notfall- und Versicherungssystems; 5. ökologischer Umbau des Produktionsapparates auf Basis einer dezentralen allgemeinen Versorgung mit erneuerbaren Energien; 6. Errichtung einer für alle frei zugänglichen kollektiven Verkehrsinfrastruktur; 7. Vergesellschaftung der Kindererziehung und des Bildungssystems; 8. Einrichtung eines allgemeinen und frei zugänglichen Informationssystems und Herstellung umfassender Transparenz; 9. Förderung der kulturellen Betätigung der Einzelnen. Solche Ziele lassen sich beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte durchaus verwirklichen, wie die nächste These zumindest in Bezug auf einige von ihnen belegen soll.